

(Ulrich Lusche)

Zusammenhang mit Fukushima Stresstests. Es gab Anforderungen, die Sicherheitsfragen fortzuentwickeln. Ich glaube, da haben wir inhaltlich einfach überhaupt keinen Konsens.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? Dissens!)

– Dissens.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das kommt davon, wenn man frei spricht!)

Man kann natürlich über solche Themen reden. Sie loben sich besonders für die Transparenz, indem Sie jetzt Meldungen der Stufe 0 oder der Kategorie N per Pressemitteilung herausgeben. Das kann man machen; das ist sehr transparent. Ob der Erkenntnisgewinn so gewaltig ist, sei einmal dahingestellt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rösler?

Abg. Ulrich Lusche CDU: Ich möchte jetzt gern erst im Zusammenhang reden, lieber Kollege Rösler. Dann können wir es gern anschließen.

Aber – Sie haben es ja schon angesprochen – nehmen wir einmal das Thema Castoren. Was war die Situation? Wir haben an dieser Stelle eine Regierungsinformation, eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten erhalten, in der es sinngemäß hieß: „Der Durchbruch bei der Endlagersuche ist geschafft. Gorleben ist noch im Rennen, aber nicht mehr als genehmigtes Zwischenlager. Wir bieten an: Wir nehmen auch ein paar Castoren zurück, wenn noch andere mitmachen.“

Wenn ich es richtig gelesen habe, ist der Befund der Bundesumweltministerin aus den letzten Tagen, dass diese Vereinbarung, diese Überlegung komplett gescheitert ist. Ich denke, das hat auch ein bisschen mit dem Vorgehen zu tun. Der Kollege in Schleswig-Holstein, der ursprünglich dabei war, zieht sich jetzt hinter die Aufhebung der Genehmigung zu Brunsbüttel zurück. Im Grunde haben Sie etwas in den Raum gestellt als eine scheinbare Lösung, einen scheinbaren Kompromiss. Sie haben vor Ort die entsprechenden Sorgen ausgelöst, aber einen wirklichen Lösungsansatz, den haben Sie bis heute nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das besonders Problematische daran ist: Sie haben es damals damit begründet, dass man Gorleben in dieser Form nur hätte im Prozess halten können, indem man Niedersachsen diese Zugeständnisse macht. Ich habe Ihnen damals schon gesagt: Nach meiner und unserer Vorstellung ist es Ihre Aufgabe, Herr Ministerpräsident, die baden-württembergischen Interessen mindestens so engagiert in diesem Zusammenhang einzubringen, wie es Ihr niedersächsischer Kollege Weil und der niedersächsische Kollege von Franz Untersteller, Herr Wenzel, jeweils für ihr Land tun.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Deswegen kann man nicht einerseits sagen, Niedersachsen habe berechtigtes Vertrauen und berechnete Erwartungen, und andererseits den Standortgemeinden bei uns, die ein genauso berechtigtes Vertrauen darauf haben, dass ihre Zwischenlager

nicht über das ursprünglich geplante Maß hinaus in Anspruch genommen werden, sagen: „Das ist jetzt halt so“ – einmal abgesehen davon, dass Sie es gar nicht selbst in der Hand haben, sondern es von der EnBW beantragt werden müsste. Also: Insofern kann ich bis zum heutigen Tag keine revolutionäre neue Politik der Landesregierung erkennen.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Zuruf von den Grünen: Vereinzelter Beifall!)

Darüber hinaus haben wir eine Vielzahl von Fragestellungen, die zu lösen sind. Ich bin gespannt, wie sich das mit dem Endlagersuchgesetz entwickelt. Wir haben damals schon beanstandet, dass wir, der Landtag, nur sehr rudimentär beteiligt sind. Sie sitzen da in der Kommission, irgendwie geartete Berichte sind mir bis heute eher weniger bekannt.

Wie jetzt in der Zeitung zu lesen ist, gibt es weitere Themen: Die EnBW hat das Land verklagt. In der Presse hat man sich überrascht darüber gezeigt. Ich bin gespannt, wie Sie auf diese Konstellation reagieren werden.

Ein weiteres Thema, das uns auch aufgrund der Grenznahe zur Schweiz betrifft, ist die dortige Suche nach einem Endlagerstandort. Hierfür kommen nur noch zwei Standorte infrage. Da wäre z. B. durch die Atompolitik des Landes Baden-Württemberg die Frage zu beantworten: Wie stehen wir zur Umweltverträglichkeitsprüfung, zur Einbeziehung der deutschen Gemeinden?

Es gibt – da kann ich durchaus ein Lob in Richtung des Innenministers aussprechen – Empfehlungen der Reaktorsicherheitskommission, was die Bereiche um die Kraftwerke angeht, bei denen es Veränderungen geben wird.

Ich kann Ihnen, Herr Kollege Raufelder, zusichern: Wir haben kein Interesse, hier einen parteipolitischen Streit zu entfachen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Aber wir werden auch zukünftig sehr genau darauf achten – da wir hier keinen Dissens mehr haben, sondern einen Konsens –, wie Sie mit diesen Fragestellungen umgehen und ob die baden-württembergischen Interessen engagiert und aktiv von unserer Landesregierung in diesen Prozess eingebracht werden.

Dies für die erste Runde.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der – ich nenne es so – zweite Atomausstiegsbeschluss, der im Jahr 2011 getroffen wurde, war sicherlich eine historische Wendemarke in der Energiepolitik der Bundesrepublik. Jetzt kann man über vieles diskutieren, was vorher war, darüber, dass man sich manche Klagen hätte ersparen können, wenn es bei dem ersten Atomausstiegsbeschluss geblieben wäre.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Aber das möchte ich jetzt zur Seite schieben.

(Johannes Stober)

Ich glaube, gut war – da möchte ich unseren gesamten Ausschuss loben – die Art und Weise, wie wir bei unserem Besuch in Fessenheim aufgetreten sind, bei dem mit allen hohen diplomatischen Künsten, die da erforderlich waren, deutlich gemacht wurde, dass es hier einen Zusammenhalt gibt, dass wir aus dieser Risikotechnologie aussteigen wollen. Dies gilt gerade mit Blick auf das Kernkraftwerk Fessenheim. Wir haben zwar in Deutschland oder in Baden-Württemberg nicht die Gefahr eines Tsunamis, aber man muss wissen, dass Fessenheim ein Erdbebengebiet ist, das direkt am Rhein liegt. Man muss sich fragen: Was passiert bei einem Erdbeben, wenn der Damm des Rheinseitenkanals bricht und dann möglicherweise Wasser eintritt?

Deswegen noch einmal Dank an alle hier für diese sehr solidarische, sehr klare und auch gemeinsame Haltung.

Ich bin sehr froh, dass wir hier nach vorn gewandt diskutieren und heute – im Unterschied zu einer anderen Diskussion, die wir hier in letzter Zeit geführt hatten – eine sehr sachliche und an dem Ziel orientierte Diskussion führen, wenn es darum geht, den Atomausstiegsbeschluss letzten Endes zu gestalten und auch in der Realität umzusetzen.

Die Landesregierung hat in den letzten vier Jahren in dem angesprochenen Bereich – ob es revolutionär war oder nicht, darüber kann man sich sicherlich streiten, Herr Kollege Lusche – vieles richtig gemacht. Es gab ja gar keinen sachbezogenen Beschluss, sondern einen politischen Beschluss zum Endlager Gorleben. Dieser war letztlich deshalb zustande gekommen, weil der Standort an der Grenze zur DDR lag und man glaubte, es wäre politisch opportun und geschickt, den Atommüll dorthin zu tun; aber es gab keine sachlichen Kriterien dafür.

Deswegen ist es gut und richtig gewesen, dass der Ministerpräsident gesagt hat, wir müssten auf einer weißen Landkarte suchen, und damit Baden-Württemberg – auch Bayern und andere Bundesländer – einbezogen hat und auch klargemacht hat: Gorleben spielt weiter auf dieser weißen Landkarte eine Rolle. Dass es dadurch letzten Endes gelungen ist, diese Konfliktlage im Bund aufzubrechen, das war, glaube ich, schon ein sehr bedeutender Erfolg, der insbesondere von dieser Landesregierung ausging.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Gefunden ist damit natürlich noch kein Endlager.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: So ist es!)

Da gibt es schwierige Fragen. Es ist auch erforderlich, dass es irgendwann einen Beschluss geben muss.

Es wird einen Standort geben. Der kann da sein, der kann dort sein, er kann auch bei uns sein, er kann auch woanders sein. Das ist natürlich eine ganz, ganz schwierige Debatte, die wir nur dann erfolgreich bestehen werden, wenn wir uns gemeinsam bewusst sind, dass wir ebendieses Endlager brauchen. Für schwach und mittel radioaktive Abfälle haben wir dies mit dem Schacht Konrad. Dieser ist leider wohl zu klein, um alles einzulagern. Zum anderen Bereich ist die Diskussion jetzt angelaufen; ich hoffe, sie kommt zu einem erfolgreichen Abschluss.

Ich bin auch sehr froh über die Informationskommissionen, die der Umweltminister eingerichtet hat. Ich bin in der Informationskommission Philippsburg Mitglied. Für mich war selbstverständlich, dass wir in dieser Situation gesagt haben: Wir müssen den Müll aus La Hague und aus Sellafeld zurücknehmen. Es gibt auch die Vereinbarung mit der CDU – zumindest mit der CDU im Bund –: Wir bringen den Müll nicht nach Gorleben, sondern müssen herausfinden, wohin man ihn bringen kann.

Es ist selbstverständlich, dass dann auch das eigene Bundesland infrage kommen kann. Da gibt es gar keine andere Diskussion. Es gibt gar keine andere Möglichkeit, als zu schauen, wo es am geschicktesten ist. Daher ist es folgerichtig, dass wir gesagt haben: Es ist auch bei uns möglich. Ich hätte auch von anderen Bundesländern – egal, wie regiert – erwartet, dass es diese Haltung gäbe. Es gibt aber trotzdem Fragen zu diesem Thema. Wir haben es gerade bei der letzten Veranstaltung der Informationskommission zu Philippsburg gemerkt. Da gibt es viele Fragen, die Primärdeckel, Sekundärdeckel, notwendige Reparaturen, Stoßdämpfer und vieles mehr betreffen. Es ist kompliziert, dies im Detail zu verstehen. Aber es gibt noch zu klärende Fragen; das ist auch klar.

(Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

Die Radioaktivität von dem, was aus La Hague kommen würde, ist relativ gering. Aber da gibt es noch offene Fragen. Deswegen ist es auch gut, dass wir durch die beiden Informationskommissionen Transparenz schaffen, um die Entscheidungen zu treffen, die letztlich notwendig sind, und den Bürgerinnen und Bürgern dies zu erklären und sie auf dem Weg mitzunehmen.

Deshalb bin ich grundsätzlich sehr froh, wie diese Diskussion bisher verläuft. Wir haben viele Themen in diesem Zusammenhang. Ich möchte nur noch auf eines kurz eingehen – wir haben nachher noch eine zweite Runde; da kann man auch noch einiges ansprechen –: Klar ist, dass wir, wenn wir aus der Kernenergie aussteigen, die Energiewende gestalten müssen.

Wir haben jetzt die Situation: Neun Kernkraftwerke sind vom Netz gegangen; das hat man auffangen können. Aber es ist auch klar, dass wir, wenn z. B. Philippsburg 2 und Neckarwestheim II vom Netz gehen, den Stromnetzausbau brauchen. Wir brauchen Ultranet, wir brauchen SuedLink; es kann nicht sein, dass hier ein Bundesland querschießt.

Wir haben viele Diskussionen geführt, bei denen wir hier sozusagen in einer Linie standen. Ich habe nicht verstanden, warum die CDU den Beschlussteil des betreffenden Antrags nicht mitgetragen hat. Mir ist es wichtig, dass wir bei diesem Thema zusammenstehen. Man kann sich darüber streiten, ob noch weitere Leitungen sein müssen. Weshalb TransnetBW eine dritte Leitung möchte, verstehe ich auch nicht. Aber das, was an Strom aus Kernkraft wegfällt, muss an Strom nach Baden-Württemberg kommen, damit hier Versorgungssicherheit gewährleistet ist.

Eines muss uns allen klar sein: Wenn das Licht ausgeht und wir hier einen Blackout oder Brownout haben, dann ist die Energiewende zu Ende. Dann haben wir dafür keine Akzeptanz mehr. Deshalb ist das Thema Versorgungssicherheit für uns beim Gestalten der Energiewende das A und O.

(Johannes Stober)

In diesem Sinn hoffe ich auf eine gemeinsame, konstruktive Diskussion, strittig vielleicht an dem einen oder anderen Punkt, aber eigentlich nicht in der Zielsetzung.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Kollegen Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte es eigentlich gut gefunden, wenn wir heute der Opfer von Fukushima gedacht hätten. Das möchte ich hiermit tun. Das hat keiner meiner Vorredner gesagt.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Das stimmt nicht! Sie haben mir nicht zugehört, Herr Kollege!)

Ich muss offen sagen, darüber bin ich enttäuscht. Ich finde es auch angebracht, zu überlegen, was die Konsequenzen aus Fukushima für uns waren und für uns noch sein müssen.

Die Verknüpfung dieser beiden Themen – die Naturkatastrophe von Fukushima mit allem, was danach gefolgt ist, und der Sprung zur verantwortlichen Atompolitik der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg – ist jedoch ein Ablenkungsmanöver. Denn erstens instrumentalisieren Sie damit die Opfer dieser Naturkatastrophe –

(Zuruf: Ach, Quatsch!)

es waren immerhin 18 573 Opfer –, um vom eigenen Unvermögen abzulenken. Zweitens trauen Sie sich nicht an das eigentliche Thema heran, das da lauten muss: Wie bringen wir die Energiewende in Baden-Württemberg richtig voran?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der beschleunigte Atomausstieg ist eine beschlossene Sache. Daran möchte auch wirklich niemand rütteln. Herr Untersteller –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Da habe ich von Ihnen aber schon anderes gehört!)

– Herr Lede Abal, bei Ihnen kann man sagen, was man will. Sie sagen immer, Sie hätten einen anderen Eindruck. Hören Sie doch einfach einmal zu.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Als Nächstes möchte ich dem Herrn Minister sogar einmal recht geben. Herr Untersteller sagte im Oktober 2014 in Bezug auf den Netzblockierer Seehofer:

Er

– Herr Untersteller –

sei nicht gewillt, unter dem Vorwand der Versorgungssicherheit wieder eine Debatte über die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken zu führen.

Und recht hat er. Diese Diskussion möchte auch ich nicht. Aber dann müssen wir alle etwas für die Versorgungssicherheit

in diesem Land tun. Gleichzeitig brauchen wir, wenn wir an den CO₂-Zielen festhalten möchten, eine maximale Kraftanstrengung in diesem Bereich. Wie sieht denn die Energiewende aus, die wir haben wollen? Doch ein Debattenthema wie etwa „Energiewende in Baden-Württemberg“ zu beantragen, haben noch nicht einmal Sie sich getraut. Hier ist Ihre Bilanz verheerend.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf: Sehr gut!)

Wir erleben unglaublich viel grün-rote Symbolpolitik. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: die Beiträge zum Thema Versorgungssicherheit. Herr Untersteller, Sie haben jahrelang erklärt, es würde in Baden-Württemberg keine Stromlücke, keinen Versorgungsengpass an Strom geben. Als „Schimäre“ haben Sie das Ganze bezeichnet. Erst im letzten Jahr, im Jahr 2014, haben Sie, nach Vorlage einer Studie des DLR Stuttgart, eingeräumt: Ja, es gibt diese Stromlücke nun doch.

Ich stelle hier die Fragen: Was sind Ihre Konsequenzen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Sind die sieben Windkraftanlagen, die bei uns im letzten Jahr gebaut wurden, Ihre Antwort auf diese Herausforderung? Da muss schon deutlich mehr kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Herr Kollege Raufelder, Sie haben vorhin gesagt, wie vorbildlich denn das alles wäre und dass man Castoren in Philippsburg aufnehmen wolle. Zunächst einmal: Das Vorpreschen der grün geführten Landesregierung beim Bund – „wir können eine Zwischenlagerung von Castoren durchführen“ – konnte ich so nicht nachvollziehen.

(Zuruf: Warum?)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, als wir darüber gesprochen haben, hat z. B. Frau Sitzmann gesagt, die Diskussion wäre skandalös. In der Zwischenzeit hat am 2. Februar 2015 Ihr Ministerium gesagt, dass es weder genehmigungsmäßig noch technisch möglich wäre, die Castoren vom Typ HAW in Philippsburg erst einmal aufzunehmen. Ist dies denn Ihre solide Atompolitik, die Sie jetzt heute hier feiern wollen?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ihnen geht es nicht um die Opfer von Fukushima. Ihnen geht es bei dieser Debatte darum, von Ihrem eigenen Unvermögen abzulenken.

(Vereinzel Beifall)

Denn so, wie Sie die eigenen Kernkompetenzen Innovation und Effizienz ausblenden und sich auf einige wenige Windkraftanlagen konzentrieren, die übrigens meist stillstehen,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben, Herr Kollege?)

zeigen Sie, wie Energiewende in Baden-Württemberg gerade nicht funktionieren kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)